

sprechpartner für uns. Bestehen Zweifel an der Verfassungstreue, gibt es keinen Grund zum Schmusekurs. Der demokratische Rechtsstaat ist unser gemeinsames Haus, und das Grundgesetz ist das Fundament. Wenn das Konsens ist, benötigen wir keine Hausordnung und keine Handreichung der Alteingesessenen in einem Akt der Gnade den Neueingezogenen gegenüber. Die Neubewohner haben zudem das Recht und die Pflicht, dieses Haus mit einzurichten und zu renovieren. Klar, das geht nicht immer ohne Konflikte. Aber Konflikte, dessen war sich schon Cicero bewusst, können auch sehr produktiv sein.

Gewiss, die multiethnische und multi-religiöse Gesellschaft ist eine »anstrengende Lebensform«, wie Bischof Wolfgang Huber zurecht feststellt. Zum einen aber haben wir keine andere Wahl, zum anderen stellt sich auch die Frage, für wen es anstrengender ist: für die Etablierten etwa, die Zugang zu den Ressourcen der Gesellschaft haben, die ihre *Codes* beherrschen und in die Netzwerke eingebunden sind? Oder für die Muslime, die zum größten Teil der Gruppe der sozial Benachteiligten angehören?

Der Mehrheit der Muslime geht es darum, einen angemessenen Platz im gemeinsamen Haus zu finden – keinen besseren, aber auch keinen schlechteren. Um das zu ermöglichen, müssen sich die Einwanderer bewegen, von sich aus aktiv werden. Ebenso aber die Etablierten, indem sie von alten Stereotypen ablassen. Das ist meiner Auffassung nach nur auf der Grundlage eines neuen republikanischen Ethos möglich, das Zusammengehörigkeitsgefühl und eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung fördert. Das Stichwort, das Jürgen Habermas dazu liefert, heißt »Verfassungspatriotismus« als Grundlage einer Nation aus Staatsbürgern, die durch die »Praxis der Bürger« und nicht durch ethnisch-kulturelle Gemeinsamkeiten gedeiht. Den Wertekanon liefert die Aufklärung. Damit sind wir alle, die hier in Deutschland leben, mit eingeschlossen, und »unsere« Werte hätten wir auch verteidigt.



Lale Akgün (*1953)
SPD-MDB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union.
lale.akguen@bundestag.de

Johannes Kandel

Eine notwendige Klärung lässt sich nur im Gespräch erreichen

Zum EKD-Papier »Klarheit und gute Nachbarschaft« (II)

Nur sechs Jahre nach der ersten umfassenden Würdigung des christlich-muslimischen Dialogs aus evangelischer Sicht (*Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland – Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen*, 2000) stellte der Rat der EKD im November 2006 eine neue »Handreichung« unter dem Titel »Klarheit und gute Nachbarschaft« vor. Im Blick auf das traditionell stark ausge-

prägte Beharrungsvermögen kirchlicher Grundsatzdokumente mag dies überraschen. Doch in diesen fünf Jahren ist die Welt von einer neuen Qualität religiösen Extremismus und internationalen Terrorismus erschüttert worden. »Der« Islam rückte in den Mittelpunkt eines globalisierten Diskurses um die politische Bedeutung und gesellschaftliche Dynamik von Religionen und Kulturen.

In Deutschland fokussierte sich die Debatte auf die »Integration« von Muslimen, den Beitritt der Türkei zur EU und fand schließlich einen erregten Höhepunkt im so genannten »Kopftuchstreit«. Der »interreligiöse« Dialog, spätestens seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein Kernanliegen beider christlicher Kirchen, konnte von diesen Entwicklungen nicht unberührt bleiben. Die römisch-katholische Kirche hatte darauf schon teilweise mit ihrer Denkschrift »Christen und Muslime in Deutschland« (2003) Bezug nehmen können. Die neue »Handreichung« trägt den Ereignissen und Entwicklungen der letzten fünf Jahre Rechnung und schließt produktiv an den Text aus dem Jahre 2000 an. Der Titel »Klarheit und Nachbarschaft« ist Programm: Es geht um eine Selbstvergewisserung der evangelischen Position im religiösen Pluralismus allgemein und eine neue Klarheit im Dialog mit Muslimen im Besonderen. Ganz offensichtlich wurden die Defizite der älteren »Handreichung« in Inhalt und Form umso stärker empfunden wie sich der christlich-muslimische Dialog intensiviert. Doch die Zunahme an Quantität löste nicht unbedingt neue Qualitätssprünge aus. Die innerkirchliche Kritik richtete sich auf Inhalte und Formen des Dialoges, der vielfach als wenig selbstbewusst, zu »irenisch«, ja als »blauäugig« empfunden wurde. Gelegentlich sprach der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, von einem »Schmusedialog«, der zwar in immer neuen Wendungen »Gemeinsamkeiten« zwischen Christentum und Islam betonte, gleichwohl Kontroversthemata ausblendete oder herunterspielte, z.B. Religionen und säkularer demokratischer Staat, Religionsfreiheit und Toleranz im Islam, Religionswechsel, das Thema Frauen und die *Scharia*-Frage. Auch blieben die Formen und Arbeitsweisen des Dialoges vor dem Hintergrund weit auseinander liegender Erwar-

tungen der »Dialogpartner« weitgehend unreflektiert.

Hier vermag die neue »Handreichung« eine Lücke zu füllen, auch wenn, selbst bei einem Dokument von 126 Seiten Länge, nicht alle offenen Fragen befriedigend angesprochen werden konnten. Doch hält die »Handreichung« erfreulicherweise die Balance zwischen klarer theologischer Positionsbestimmung, gesellschaftlicher und politischer Reflexion der veränderten Ausgangslage im Dialog sowie praktischen Orientierungen und Arbeitshinweisen für den Dialog.

Dialog und Mission

Der gegenüber der Schrift aus dem Jahre 2000 recht knappe theologische Teil ist überschrieben: »Die Wahrheit und die Toleranz der christlichen Mission«. Alle bekannten Grundsatzdokumente christlicher Kirchen zum interreligiösen Dialog umgehen die Wahrheitsfrage nicht und betonen die Unverzichtbarkeit des Zeugnisses des eigenen Glaubens gegenüber anderen Religionsangehörigen, denn nichts anderes bedeutet »Mission«. Im Schlussteil, der zehn praktische Dialogkriterien nennt, heißt es lakonisch: »Dialog und Mission schließen sich nicht aus«.

Im theologischen Teil wird diese Kernaussage christlichen Glaubens ausführlich begründet. Darüber mag es im binnentheologischen Disput Kontroversen geben, doch scheint es (noch) Konsens zu sein, dass die christliche Kirche eine unverzichtbar missionarische Kirche ist. Die »Handreichung« setzt im Blick auf Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen dem christlichen Glauben und dem Islam einen kritischen Akzent. »So wertvoll die Entdeckung von Gemeinsamkeiten im christlichen und muslimischen Glauben ist, so deutlich werden bei genauerer Betrachtung die Differenzen«. Die Differenzen werden schon im Gottes-

bild gesehen. Die im Dialog häufig verwendete Formel von dem Glauben an den »einen Gott« trage »nicht sehr weit«. Schon die Schrift aus dem Jahre 2000 hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Rede von dem Glauben an den »einen« Gott nicht dasselbe sage »wie die verbreitete Meinung »wir glauben doch alle an denselben Gott« (*Zusammenleben mit Muslimen*, 2000). Die »Handreichung« schafft hier die notwendige Klarheit und ermuntert zugleich zum kritischen Dialog über Gemeinsamkeiten und Differenzen.

Die Gemeinsamkeiten werden in erster Linie in der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung gesehen, d.h. vornehmlich in den ethischen Grundorientierungen beider Weltreligionen. Erheblich deut-

licher als in dem Dokument aus dem Jahre 2000 werden aber »kritische Anfragen« an die muslimischen Dialogpartner gestellt, wobei dieser Aspekt sehr zurückhaltend und respektvoll formuliert wird: »Bei der Begegnung mit Muslimen können daher aus Liebe zur Wahrheit kritische Fragen ... nicht vermieden werden«. Einige dieser Anfragen werden im Teil 2 (»Muslime in der Demokratie – Spannungsbereiche gesellschaftlicher Integration«) entfaltet: Religionen und ihr Verhältnis zum säkularen demokratischen Staat, Religionsfreiheit, Menschenrechte und *Scharia*, Stellung der Frau, *Dschihad* und religiös begründete Gewalt, »Multikulturalismus« und Integration. Der Teil 3 (»Muslimisches Leben in Deutschland – Spannungsbereiche des praktischen Zusammenlebens«) informiert über alltäg-

liche muslimische Lebensformen (z.B. Ehe- und Familie, Geschlechterrollen, Verhältnis der Generationen, religiöses Gemeinschaftsleben) und nimmt Stellung zu kontroversen Fragen: Kopftuch, Moscheebau, öffentlicher Gebetsruf, Schächten, islamischer Religionsunterricht, Überlassung von kirchlichen Gebäuden an Muslime. Hilfreich sind Informationen und Handlungsorientierungen zum Umgang mit Muslimen in der Diakonie.

Respektvolle Teilnahme am Gebet

Der Teil 4 betrachtet – ausgehend von »Aspekten organisatorischer Zusammenarbeit« –, die institutionellen Formen und religiös-politischen Orientierungen muslimischen Lebens und gibt Hinweise und Bewertungen zu einzelnen muslimischen Organisationen. Dabei werden unterschiedliche innerkirchliche Einschätzungen, z.B. zur »Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs«, nicht verschwiegen.

Im letzten Teil der »Handreichung« geht es um »Ziele und Inhalte interreligiöser Zusammenarbeit«, ausgehend von breiten und vielfältigen Erfahrungen im Dialog. Praktische grundsätzliche Kriterien zum »Dialog« werden genannt und Handlungsorientierungen gegeben. In den Medien erregten die Hinweise zu gemeinsamen Gebeten und religiösen Feiern besondere Aufmerksamkeit.

Das ist in der Tat ein wichtiger Aspekt des interreligiösen Dialoges, denn hier begegnen sich Christen und Muslime im spirituellen Zentrum ihrer Religionen. Die »Handreichung« ist hier sehr klar: Im Blick auf die verschiedenen Situationen, die zu gemeinsamen Gebeten Anlass geben (herausgehobene Dialogsituationen, wie z.B. »Woche des christlich-islamischen Dialoges«, bei Unglücken und Not-situationen, zum Schulanfang, bei Geburt, Hochzeit, Lebenskrisen, Krankheit oder Tod) werden zwei Formen als für

den Christen möglich genannt: »respektvolle Teilnahme am Gebet der jeweils anderen Religion«, d.h. die Anwesenheit von Christen in einer Moschee beim Freitagsgebet und von Muslimen in einem christlichen Gottesdienst sowie das »multireligiöse Gebet«, d.h. das Gebet nebeneinander oder nacheinander. Knapp wird hier angemerkt: »Das interreligiöse Beten kommt aus theologischen Gründen nicht in Betracht«. Begründet wird der Verzicht auf diese Gebetsform mit den unterschiedlichen Positionen in der »Gottesfrage«. Darüber und über die Ziele und Formen des Dialoges wird es in der Evangelischen Kirche mit Sicherheit engagierte Diskussionen und Kontroversen geben, was ein gutes Zeichen für eine entwickelte kritische Streitkultur ist. Enttäuschend und ärgerlich waren bislang die Reaktionen aus dem »organisierten Islam«. Erst herrschte langes Schweigen, dann befremdliche Angriffe auf das Papier als »Abgrenzungsdokument« und »Anleitung zur Mission«.

Es scheint, dass die muslimische Seite den Zusammenhang von »Mission und Dialog« noch intensiver bedenken sollte, denn selbstverständlich nehmen Muslime in Anspruch, »Ungläubige« und »Andersgläubige« mittels »da'wa« (»Einladung«, d.h. Mission) zum »wahren Glauben« in der »Rechtleitung« zurückzuführen und gleichzeitig »Dialoge« mit Vertretern anderer Religionen zu führen. Das Aussetzen von Gesprächen mit führenden Vertretern der EKD unter Verweis auf »Klärungsbedarf« war kontraproduktiv. Denn die notwendige »Klärung« strittiger Fragen lässt sich nur im Dialog erreichen.



Johannes Kandel (*1950)
ist Leiter des Referates Politische
Akademie/Interkultureller Dialog
der FES in Berlin.

Johannes.Kandel@fes.de